ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Otto, Birgit; Siedler, Thomas

Article

Armut in West- und Ostdeutschland: ein differenzierter Vergleich

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:
German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Otto, Birgit; Siedler, Thomas (2003) : Armut in West- und Ostdeutschland: ein differenzierter Vergleich, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 70, Iss. 4, pp. 61-66

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/151196

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Wochenbericht

Wirtschaft Politik Wissenschaft

Königin-Luise-Straße 5
14195 Berlin

Tel. +49-30-897 89-0
Fax +49-30-897 89-200

www.diw.de
postmaster@diw.de

DIW Berlin

Nr. 4/2003

70. Jahrgang /23. Januar 2003

Inhalt

Armut in West- und Ostdeutschland – Ein differenzierter Vergleich
Seite 61

Zahlenbeilage

Armut in West- und Ostdeutschland – Ein differenzierter Vergleich

Birgit Otto
botto@diw.de

Thomas Siedler
tsiedler@diw.de

Von 1992 bis 2000 war für Ostdeutschland eine niedrige –und sich über die Jahre kaum verändernde –Einkommensungleichheit [1] zu beobachten. Zugleich waren dort –gemessen an der für Ostdeutschland „regional" definierten Armutsgrenze –weniger Personen als im Westen von Armut betroffen. Für beide Teile Deutschlands gilt, dass etwa die Hälfte der im Beobachtungszeitraum begonnenen Armutsphasen ein Jahr später beendet war. Die Wahrscheinlichkeit für Menschen, die schon einmal arm waren, wieder unter die Armutsgrenze zu gelangen, ist in Westdeutschland höher als in Ostdeutschland. In beiden Regionen nimmt jedoch die Wahrscheinlichkeit, erneut arm zu werden, mit jedem weiteren Jahr außerhalb von Armut ab. Deren Bekämpfung sollte deshalb nicht ausschließlich darauf gerichtet sein, Menschen aus der Armut herauszuholen, sondern auch darauf zielen, dem (Wieder-)Eintritt in Armut vorzubeugen.

Mithilfe der Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP)[2] können neben der Entwicklung des Armutsausmaßes[3] sowohl die Verweildauer in Armut als auch die Eintritte in bzw. Austritte aus Armut in Deutschland untersucht werden. Als arm werden dabei Personen bezeichnet, deren Einkommen weniger als die Hälfte des durchschnittlichen Einkommens der Bevölkerung in privaten Haushalten beträgt.[4] Grundlage für die Einkommensmessung ist das verfügbare Einkommen.[5] Dieses wird auch als Haushaltsnettoeinkommen bezeichnet und über eine Bedarfsgewichtung in ein modifiziertes Pro-Kopf-Einkommen um-

Unkorrigiert!

Sperrfrist:
Mittwoch, 22. Januar 2003, 17 Uhr!

1 Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Jahresgutachten 2002/2003, S. 350.
2 Das SOEP ist eine repräsentative Wiederholungsbefragung privater Haushalte, die seit 1984 in Westdeutschland und seit 1990 in Ostdeutschland jährlich durchgeführt wird. Vgl. SOEP Group: The German Socio-Economic Panel (GSOEP) after more than 15 years – Overview. In: Elke Holst u. a. (Hrsg.): Proceedings of the 2000 Fourth International Conference of German Socio-Economic Panel Study Users (GSOEP 2000). In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung des DIW Berlin, Heft 1/2001, S. 7–14; auch *http://www.diw.de/deutsch/sop/*.
3 Die Ergebnisse können von anderen Untersuchungen, insbesondere von Berechnungen auf der Basis der SOEP-Daten, aus unterschiedlichen Gründen abweichen. Je nach Wahl der Einkommensbasis (Vorjahreseinkommen, Monatseinkommen), der Armutsgrenze (z. B. 50 % vom Mittelwert, 60 % vom Median) und der Bedarfsgewichtung für einzelne Haushaltsmitglieder können sich unterschiedliche Armutsbilder für beide Regionen Deutschlands ergeben. Vgl.: Lebenslagen in Deutschland. Der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Berlin 2001, S. 154–155; Peter Krause und Roland Habich: Einkommensverteilung und Armut. In: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Datenreport 1999. Zahlen und Fakten für die Bundesrepublik Deutschland. Bonn 1999, S. 581–591.
4 Für Deutschland insgesamt ist der Referenzwert zur Bestimmung der Armutsgrenze das durchschnittliche Einkommen der Gesamtbevölkerung. Zusätzlich wurde die Armut in den neuen und alten Bundesländern getrennt gemessen. Der Referenzwert ist hier das jeweilige durchschnittliche Einkommen. Werden die Armutsquoten in Ostdeutschland auf der Basis der westdeutschen Einkommen berechnet, fallen sie deutlich höher aus. Vgl. dazu: Einkommensarmut von Kindern – Ein deutsch-britischer Vergleich für die 90er Jahre. Bearb: Stephen P. Jenkins, Chris Schluter und Gert G. Wagner. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 5/2002.
5 Basis für die Einkommensmessung ist das so genannte „Jahreseinkommen" des Vorjahres – nach Umverteilung durch das Steuer- und Transfersystem. Vgl. auch: Einkommensverteilung in Deutschland – Stärkere Umverteilungseffekte in Ostdeutschland. Bearb.: Markus M. Grabka. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 1/2002, S. 52 ff.

A 22127 C

Kasten

Begriffsdefinitionen: Armutsquote, Armutslücke und Armutsintensität

Die Armutsquote misst den Umfang der Armutspopulation. Die Armutslücke, gemessen als relativer Einkommensabstand zur Armutsgrenze, gibt Auskunft über das Ausmaß der Armut. In der Armutsintensität wird der Einkommensabstand der Ärmsten unter den Armen am stärksten gewichtet. Die drei Größen lassen sich anhand der folgenden Formel darstellen:

$$P_\alpha(y,z) = \frac{1}{n}\sum_{i=1}^{q}\left(\frac{z-y}{z}\right)^\alpha$$

Dabei stellt n die Zahl der beobachteten Personen dar, q die Zahl der Armen, y das Äquivalenzeinkommen der armen Personen, z die Armutslinie und α einen Gewichtungsfaktor.

Wird α gleich null gesetzt, erhält man die Armutsquote. Die Armutslücke wird berechnet, indem α gleich eins gesetzt wird. Hierbei wird die Summe der individuellen Armutslücken durch die Zahl der beobachteten Personen dividiert. Bei der Berechnung der Armutsintensität hat α üblicherweise den Wert zwei (aber mindestens größer als eins).

In der Untersuchung werden nur die Armutsquote und die Armutsintensität ausgewiesen.

gewandelt. Damit wird die Einkommenssituation von Personen aus Haushalten unterschiedlicher Größe und Zusammensetzung miteinander vergleichbar.[6]

Die Entwicklung der Armut wurde anhand zweier verschiedener Maße untersucht: Während die *Armutsquote* den relativen Anteil von armen Personen an der Bevölkerung ausweist, handelt es sich bei der *Armutsintensität* um einen Index[7], der die Armutsquote ins Verhältnis zur durchschnittlichen *Armutslücke* setzt. Diese zeigt den jeweiligen Einkommensabstand von der Armutsgrenze und ist sensitiv gegenüber Veränderungen in der Einkommenssituation der armen Personen.

Tabelle 1

Armutsquoten und Armutsintensität in Deutschland[1] 1992 bis 2000

Berechnungen auf Basis der regionalen Mittelwerte

	Ostdeutschland		Westdeutschland		Deutschland insgesamt	
	Armuts-quote	Armuts-intensität	Armuts-quote	Armuts-intensität	Armuts-quote	Armuts-intensität
1992	7,4	1,45	11,0	2,75	10,5	2,48
1993	6,6	1,21	11,8	2,82	10,8	2,49
1994	7,6	1,10	12,0	2,69	11,3	2,37
1995	5,8	1,31	13,5	3,10	12,1	2,72
1996	7,4	1,41	13,1	3,01	11,7	2,69
1997	7,6	1,47	12,6	2,70	11,6	2,62
1998	8,8	1,89	13,1	3,54	12,0	3,22
1999	7,5	1,41	12,4	3,30	11,8	2,90
2000	7,3	1,14	14,4	2,95	13,0	2,58
Durchschnitt	**7,3**	**1,38**	**12,7**	**2,98**	**11,6**	**2,67**

1 Prozentualer Anteil der in der jeweiligen Region in Armut Lebenden. Die Armutsgrenze beträgt 50 % des regionalen Mittelwerts des jährlichen Nettoäquivalenzeinkommens.

Quelle: SOEP. **DIW** Berlin 2003

Armut in Deutschland

Ein Vergleich der Jahre 1992 und 2000 zeigt für Deutschland insgesamt einen Anstieg der Armutsquote von 10,5 % auf 13 % (Tabelle 1). Allerdings schwankte die Quote in dieser Zeit relativ stark; ein eindeutiger Trend zur Zunahme der Armutsintensität ist nicht zu erkennen. In Westdeutschland stieg die Armutsquote in der Tendenz. Die Armutsintensität nahm seit 1992 ebenfalls leicht zu. Mit Werten von 6 bis 9 % fielen die Armutsquoten in Ostdeutschland erheblich niedriger aus als in

6 Zum Zwecke der Modifikation des Nettoeinkommens eines Haushalts in ein Pro-Kopf-Einkommen wird es durch die Summe der individuellen Bedarfsgewichte dividiert. Der daraus resultierende Betrag wird jedem Haushaltsmitglied zugewiesen und repräsentiert das Wohlfahrtsniveau des Haushalts unter Berücksichtigung seiner Zusammensetzung. In der Untersuchung wurde für die Bedarfsgewichtung die so genannte modifizierte OECD-Äquivalenzskala herangezogen, in der dem Haushaltsvorstand ein Bedarfsgewicht von 1,0, jeder weiteren erwachsenen Person ein Bedarfsgewicht von 0,5 und Kindern unter 15 Jahren ein Bedarfsgewicht von 0,3 zugewiesen wird. Vgl. auch Jürgen Faik: Äquivalenzskalen. Theoretische Erörterung, empirische Ermittlung und verteilungsbezogene Anwendung für die Bundesrepublik Deutschland. Berlin 1995.

7 Er wurde von J. Foster, J. Greer und E. Thorbecke entwickelt. Für eine ausführliche Beschreibung vgl. dies.: A Class of Decomposable Poverty Measures. In: Econometrica, 52 (3), 1984, S. 761–766.

Westdeutschland.[8] Auch war dort die Armutsintensität sowohl 1992 (1,5) als auch 2000 (1,1) deutlich niedriger als in Westdeutschland (2,8 bzw. 3,0). Gemessen an der regionalen Armutsgrenze gestaltete sich die Einkommenssituation von Armen in Ostdeutschland folglich weit günstiger als die von Armen in Westdeutschland, denn die Armutslücke war merklich geringer als bei armen Personen in Westdeutschland.

Das Bild für Ostdeutschland ändert sich, wenn nicht der regionale, sondern der gesamtdeutsche Mittelwert für das Einkommen zugrunde gelegt wird. Nach dieser Berechnungsmethode war das Armutsausmaß in Ostdeutschland von 1992 bis 1994 ähnlich hoch wie in Westdeutschland (Tabelle 2); jeder Zehnte in der jeweiligen Region war in diesen Jahren arm. Bis 1999 blieb dann die Armutsquote in Ostdeutschland mit Werten zwischen 9 % und 10 % stets unter denen in Westdeutschland (zwischen 12 % und 13 %). Im Jahre 2000 war die Armutsquote in beiden Regionen wieder gleich hoch (13 %). Dies ist insofern bemerkenswert, als auch in diesem Zeitraum die durchschnittliche ökonomische Leistungsfähigkeit[9] der Privathaushalte in Ostdeutschland niedriger war als in Westdeutschland. Auf der Basis der gesamtdeutschen Armutsgrenze belief sich die Armutsintensität in Ostdeutschland im Durchschnitt auf rund 1,7. Trotz der niedrigeren Leistungsfähigkeit des Ostens lag auch die Armutsintensität – dies sogar in sämtlichen Jahren – nur geringfügig höher als auf der Grundlage der regionalen (ostdeutschen) Armutsgrenze.

Tabelle 2

Armutsquoten und Armutsintensität in Deutschland[1] 1992 bis 2000

Berechnungen auf Basis des gesamtdeutschen Mittelwerts

	Ostdeutschland		Westdeutschland		Deutschland insgesamt	
	Armuts-quote	Armuts-intensität	Armuts-quote	Armuts-intensität	Armuts-quote	Armuts-intensität
1992	11,0	1,78	10,3	2,66	10,5	2,48
1993	10,5	1,51	10,8	2,73	10,8	2,49
1994	11,4	1,38	11,3	2,60	11,3	2,37
1995	9,1	1,47	12,9	3,01	12,1	2,72
1996	9,4	1,68	12,3	2,92	11,7	2,69
1997	9,7	1,70	12,0	2,83	11,6	2,62
1998	10,4	2,19	12,3	3,46	12,0	3,22
1999	10,6	1,63	12,0	3,20	11,8	2,90
2000	13,2	1,69	13,0	2,78	13,0	2,58
Durchschnitt	**10,6**	**1,67**	**11,9**	**2,91**	**11,6**	**2,67**

1 Prozentualer Anteil der in der jeweiligen Region in Armut Lebenden. Die Armutsgrenze beträgt 50 % des gesamtdeutschen Mittelwerts des jährlich Nettoäquivalenzeinkommens.

Quelle: SOEP. **DIW** Berlin 2003

Tabelle 3

Dauer der Armut im Zeitraum 1992 bis 2000[1]

% der Gesamtbevölkerung

	Ostdeutschland	Westdeutschland
Insgesamt	81,6	77,5
Ein Jahr	8,8	7,9
Mehrere Jahre	8,5	12,8
Dauerhaft	1,1	1,8

1 Die Armutsgrenze beträgt 50 % des regionalen Mittelwerts des jährlichen Nettoäquivalenzeinkommens.

Quelle: SOEP. **DIW** Berlin 2003

Struktur der Armutserfahrungen

Mithilfe der SOEP-Daten kann im Rahmen einer Längsschnittanalyse festgestellt werden, ob es regionale Unterschiede im Hinblick auf die zeitliche Dimension von Armut gibt. Hierfür wurden zum einen die Verweildauer in Armut und zum anderen die Wahrscheinlichkeit des Eintritts in bzw. des Austritts aus Armut gemessen.

Aus Tabelle 3 wird ersichtlich, wie groß der Anteil der Bevölkerung in Deutschland ist, der in dem beobachteten Zeitraum nie, ein Jahr, mehrere Jahre[10] oder dauerhaft (neun Jahre) in Armut lebte. Von 1992 bis 2000 waren etwa 18 % der Bevölkerung in Ostdeutschland und 23 % in Westdeutschland mindestens in einem Jahr arm; diese Anteile liegen deutlich über der Armutsquote zu einem bestimmten Zeitpunkt. Eine einmalige Armutserfahrung (ein Jahr arm) machten in Ostdeutschland 9 % und in Westdeutschland 8 % der Bevölkerung; mehrmalige Armutserfahrungen (zwei bis acht Jahre) wurden für knapp 9 % in Ostdeutschland und 13 % in Westdeutschland festgestellt. In allen Jahren arm waren lediglich 1 % in Ostdeutschland und 2 % in Westdeutschland. Der überwiegende Teil der Bevölkerung (82 % in Ostdeutschland, 78 % in Westdeutschland) war in dem beobachte-

Armut zumeist vorübergehend

8 Vgl. Irene Becker, Joachim R. Frick, Markus M. Grabka, Richard Hauser, Peter Krause und Gert G. Wagner: A Comparison of the Main Household Income Surveys for Germany: EVS and SOEP. In: Richard Hauser und Irene Becker (Hrsg.): Reporting on Income Distribution and Poverty. Berlin 2003, S. 55–90.

9 „Nur infolge der hohen Transfers erreichen die verfügbaren Einkommen in Ostdeutschland rund 80 % des westdeutschen Niveaus. Die ökonomische Leistungsfähigkeit der ostdeutschen Haushalte – gemessen am erzielten Markteinkommen – betrug 1998 aber nur 70 % des westdeutschen Wertes." Vgl.: Angleichung der Markteinkommen privater Haushalte zwischen Ost- und Westdeutschland nicht in Sicht. Bearb.: Markus M. Grabka und Birgit Otto. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 4/2001.

10 Bei dieser Betrachtung bleibt jedoch offen, ob es sich um aufeinander folgende Jahre in Armut oder um mehrmalige Armutserfahrungen handelt.

ten Zeitraum nicht von Armut betroffen.[11] Da die Länge des Beobachtungszeitraums einen Einfluss auf die hier gewählte Abgrenzung dauerhafter von vorübergehender Armut hat, sind diese Ergebnisse nur von beschränkter Aussagefähigkeit. Wesentlich aussagekräftiger sind Analysen zur Verweildauer nach dem Eintritt in Armut und zur entsprechenden Wahrscheinlichkeit des Austritts aus Armut.

Verweildauer und Austrittswahrscheinlichkeit

Im Folgenden werden nur jene Personen aus der Längsschnittpopulation betrachtet, für die eine Armutsphase[12] im Jahre 1993 oder später begann.[13] Tabelle 4 zeigt für diesen Personenkreis die Verweildauer in Armut sowie die Wahrscheinlichkeit des Austritts aus Armut.[14]

Tabelle 4

Verweildauer und Wahrscheinlichkeiten des Austritts aus Armut

Zahl der Jahre in Armut seit Armutsbeginn	Ostdeutschland		Westdeutschland	
	Verweildauer in Armut	Austrittswahrscheinlichkeit	Verweildauer in Armut	Austrittswahrscheinlichkeit
1	100,0	–	100,0	–
2	47,9	52,2	54,3	45,7
3	31,6	34,0	38,7	28,6
4	15,1	52,1	31,8	18,0
5	9,4	37,4	25,5	19,6
6	7,8	17,8	24,1	5,6
7	7,8	0,0	22,0	8,6
8	7,8	0,0	18,3	16,8

Die Schätzungen beruhen auf allen nicht linkszensierten Armutsspells.

Quelle: SOEP. **DIW** Berlin 2003

Deutliche Unterschiede zwischen Ost und West bei zunehmender Verweildauer in Armut

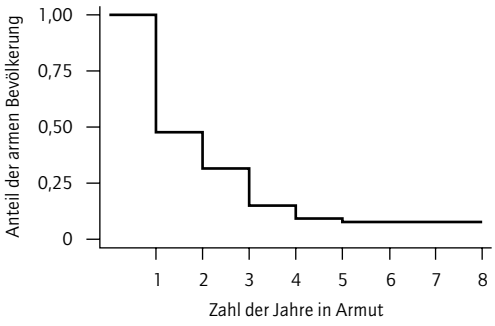
Etwa die Hälfte der Personen in Ostdeutschland, für die eine Armutsphase begann, war mindestens zwei Jahre arm. Eine mindestens dreijährige Armutsphase erlebten knapp ein Drittel, eine mindestens vierjährige Phase 15 % der ostdeutschen armen Bevölkerung. Eine längere Verweildauer ist nur für einen geringen Teil der Bevölkerung von Bedeutung. Das Armutsbild in Westdeutschland unterscheidet sich aus dieser Perspektive wesentlich von dem in Ostdeutschland. In Westdeutschland musste mehr als die Hälfte aller armen Personen eine mindestens zweijährige Armutsphase erfahren; bei fast zwei Fünfteln war es eine mindestens dreijährige und bei einem knappen Drittel eine mindestens vierjährige Armutsphase. Besonders auffällige Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland treten mit zunehmender Verweildauer auf. Der Anteil von Personen in Westdeutschland mit sechsjährigen Armutsphasen war mit 24 % etwa dreimal so hoch wie in Ostdeutschland.

Diese Unterschiede werden auch bei einem Blick auf die Austrittswahrscheinlichkeiten, die von der jeweiligen Armutsdauer abhängen, sichtbar. Die Austrittswahrscheinlichkeit in Ostdeutschland lag nach einjähriger Armut bei knapp 52 %; nach zwei Jahren in Armut waren es 34 % und nach drei Jahren wieder 52%. Die Wahrscheinlichkeit, eine Armutsphase zu verlassen, sank in Ostdeutschland erst nach vierjähriger Armut. In Westdeutschland dagegen nahm die Austrittswahrscheinlichkeit – bis auf eine Ausnahme – mit jedem weiteren Jahr in Armut ab. Hier verfestigte sich Armut also rascher. Zugleich war die Austrittswahrscheinlichkeit für Personen nach ein- oder zweijähriger Armut geringer als in Ostdeutschland. Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland bezüglich der Verweildauer sind in den Abbildungen 1 und 2 dargestellt. Es wird ersichtlich, dass in beiden Regionen Deutschlands etwa die Hälfte der im untersuchten Zeitraum beobachteten Armutsphasen nach einem Jahr beendet war. Darüber hinaus war der Anteil von armen Personen mit höherer Verweildauer in Armut in Westdeutschland wesentlich größer als in Ostdeutschland.[15]

Abbildung 1

Verweildauer in Armut in Ostdeutschland

Darstellung anhand der Kaplan-Meier-Überlebensfunktion



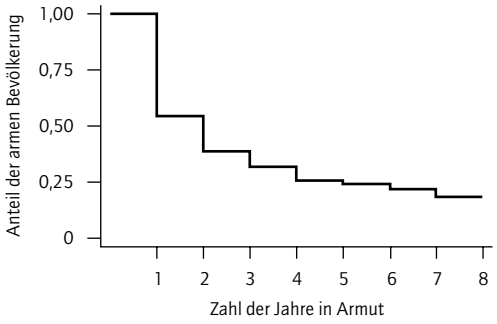
Quelle: SOEP. **DIW** Berlin 2003

11 Vgl. hierzu Walter Hanesch, Peter Krause, Gerhard Bäcker, Michael Maschke und Birgit Otto: Armut und Ungleichheit in Deutschland. Hamburg 2000, S. 106. Die Autoren berichten, dass im Zeitraum 1991 bis 1997 in Ostdeutschland 81,9 % und in Westdeutschland 78,9 % der Bevölkerung nie die regionale Armutsschwelle unterschritten.
12 Hierbei ist zu beachten, dass Mehrfacharmut auch zu Mehrfachzählungen führt.
13 Armutsphasen, die das Jahr 1992 mit einschließen, können nicht berücksichtigt werden, da nicht bekannt ist, wann sie tatsächlich begannen. Diese Armutsphasen werden als linkszensierte Spells bezeichnet.
14 Mithilfe von Kaplan-Meier-Überlebensraten kann der Anteil der Bevölkerung ermittelt werden, der sich über einen zusammenhängenden Zeitraum in Armut befindet. Dabei wird berücksichtigt, ob Personen innerhalb des zu untersuchenden Zeitraums den Armutsbereich verlassen oder zum Ende der betrachteten Periode noch immer in Armut leben.
15 Der Abstand der Kaplan-Meier-Überlebensfunktion zur horizontalen Achse ist nach acht Jahren Armutserfahrung für Ostdeutschland deutlich geringer als für Westdeutschland.

Abbildung 2

Verweildauer in Armut in Westdeutschland

Darstellung anhand der Kaplan-Meier-Überlebensfunktion



Quelle: SOEP. **DIW** Berlin 2003

Tabelle 5

Verweildauer und Wahrscheinlichkeiten des Austritts aus Nichtarmut

Alle Personen, für die eine Armutsphase endete

Zahl der Jahre in Nichtarmut seit Armutsende	Ostdeutschland		Westdeutschland	
	Verweildauer in Nichtarmut	Austrittswahrscheinlichkeit	Verweildauer in Nichtarmut	Austrittswahrscheinlichkeit
1	100,0	–	100,0	–
2	92,6	7,4	86,7	13,3
3	87,3	5,7	78,3	9,7
4	84,6	3,1	74,3	5,2
5	83,1	1,8	70,3	5,4
6	83,1	0,0	67,6	3,8
7	83,1	0,0	66,6	1,6
8	76,5	7,9	66,6	0,0

Die Schätzungen beruhen auf allen nicht linkszensierten Nichtarmutsspells.

Quelle: SOEP. **DIW** Berlin 2003

Verweildauer in Nichtarmut und Wahrscheinlichkeit des Wiedereintritts in Armut

Analog zur Verweildauer in Armut sowie zur Austrittswahrscheinlichkeit kann die Verweildauer in Nichtarmut sowie die Wahrscheinlichkeit des Eintritts in erneute Armutsphasen berechnet werden (Tabelle 5). Anders als in Tabelle 4 werden deshalb alle Personen aus der Längsschnittpopulation betrachtet, die im Jahre 1993 oder später eine Armutsphase beendeten.

In Ostdeutschland lebten knapp 93 % der Personen nach einem Armutsaustritt auch im darauf folgenden Jahr über der Armutsgrenze. In Westdeutschland betrug dieser Anteil nur 87 %. Eine siebenjährige Nichtarmutsphase konnte für 83 % der vormals armen Personen in Ostdeutschland, aber nur für 67 % der in Westdeutschland lebenden beobachtet werden. Die Wahrscheinlichkeit für ehemals Arme, erneut arm zu werden, ist demnach in Westdeutschland höher als in Ostdeutschland. Gemeinsam ist beiden Regionen, dass die Wahrscheinlichkeit einer erneuten Armut bis auf eine Ausnahme in Ostdeutschland mit jedem zusätzlichen Jahr in Nichtarmut deutlich abnimmt.

Fazit

In Deutschland gab es von 1992 bis 2000 keinen eindeutigen Trend in der Entwicklung der Armut. In Westdeutschland ist ein tendenzieller Anstieg der Armutsquote, verbunden mit einer geringen Verschlechterung der Einkommenssituation armer Personen, festzustellen. Erheblich niedriger als in Westdeutschland waren in allen Jahren die Armutsquote und die Armutsintensität in Ostdeutschland. Dieses Bild ändert sich, wenn nicht der ostdeutsche, sondern der gesamtdeutsche Mittelwert der Einkommen für die Berechnung der Armutsgrenze herangezogen wird. Danach gleichen sich die Werte für Ost und West gegenseitig an; die Armutsquote bleibt in Ostdeutschland aber in den meisten, die Armutsintensität sogar in allen Fällen – und zwar deutlich – unter dem Wert in Westdeutschland.[16]

Armutsintensität in Ostdeutschland erheblich geringer als in Westdeutschland

Bemerkenswert bei dieser Betrachtungsweise ist, dass sowohl das Armutsausmaß als auch die Armutsintensität trotz der zunehmenden Angleichung der ostdeutschen Einkommen an westdeutsche Verhältnisse in sämtlichen Jahren relativ stabil bleiben. Die im Verlauf des Transformationsprozesses zunehmende Spreizung der Markteinkommen in Ostdeutschland hat demnach nicht zu einem spürbaren Anstieg der Armutsbetroffenheit geführt.

Der Anteil der innerhalb des betrachteten Zeitraums (1992 bis 2000) von Armut betroffenen Personen lag deutlich über den jährlichen Armutsquoten in einem bestimmten Jahr. Dauerhaft arm waren weniger als 2 % der Bevölkerung. Personen, die in dieser Zeit in Armut gerieten, blieben in Ostdeutschland zu knapp der Hälfte, in Westdeutschland zu mehr als der Hälfte mindestens zwei Jahre arm. Eine längere Armut traf nur einen geringen Teil der Bevölkerung.

Von längerer Armut nur wenige Menschen betroffen

Die Wahrscheinlichkeit für ehemals Arme, erneut arm zu werden, war in Westdeutschland erheblich

16 Untersuchungen auf der Basis der Monatseinkommen und bei Verwendung einer gesamtdeutschen Armutsgrenze kommen allerdings zu dem Ergebnis, dass das Armutsausmaß in Ostdeutschland höher ist als in Westdeutschland. Die Autoren weisen jedoch darauf hin, dass dieser Befund bei Zugrundelegung der Jahreseinkommen nicht bestätigt werden konnte. Vgl. Jan Goebel, Roland Habich und Peter Krause: Datenreport 2002. Bonn, S. 580–596.

höher als in Ostdeutschland. Allerdings nahm die Wahrscheinlichkeit des Wiedereintritts in Armut in beiden Regionen mit jedem weiteren Jahr über der Armutsgrenze ab. Diese Ergebnisse verdeutlichen, dass die Bekämpfung von Armut nicht ausschließlich auf eine Erhöhung der Austrittsraten, sondern auch auf eine Vorbeugung gegen (erneute) Armut zielen sollte.

Aus den Veröffentlichungen des DIW Berlin
Diskussionspapiere

Erscheinen seit 1989

Nr. 314
Do Leading Indicators Help to Predict Business Cycle Turning Points in Germany?
Von Ulrich Fritsche und Vladimir Kouzine
November 2002

Nr. 315
Assessing the Contribution of Public Capital to Private Production
Von Andreas Stephan
Dezember 2002

Nr. 316
Die Einstellung zum Euro. Eine empirische Analyse mit Daten des Sozio-oekonomischen Panels
Von Bettina Isengard und Thorsten Schneider
Dezember 2002

Nr. 317
The Effect of Family Income during Childhood on Later-Life Attainment: Evidence from Germany
Von Stephen P. Jenkins und Christian Schluter
Dezember 2002

Nr. 318
Stability Criteria and Convergence: The Role of the System of National Accounts for Fiscal Policy in Europe
Von Tilman Brück, Andreas Cors, Klaus F. Zimmermann und Rudolf Zwiener
Dezember 2002

Nr. 319
A Nation-Wide Laboratory: Examining Trust and Trustworthiness by Integrating Behavioral Experiments into Representative Surveys
Von Ernst Fehr, Urs Fischbacher, Bernhard von Rosenbladt, Jürgen Schupp und Gert G. Wagner
Dezember 2002

Nr. 320
The Politics of Endogenous Growth
Von Chetan Ghate und Paul J. Zak
Januar 2003

Nr. 321
Labor Supply of Married Females in Estonia
Von Boriss Siliverstovs und Dmitri Koulikov
Januar 2003

Die Volltextversionen der Diskussionspapiere liegen von 1998 an komplett als Pdf-Dateien vor und können von der entsprechenden Website des DIW Berlin heruntergeladen werden (*www.diw.de/deutsch/publikationen/diskussionspapiere*).

DIW Berlin
Wochenbericht Nr. 4/2003

DIW Berlin
Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung

Hinweis auf eine weitere Veröffentlichung des DIW Berlin

Chetan Ghate and Paul J. Zak

The Politics of Endogenous Growth

Is it politically feasible for governments to engineer endogenous growth? This paper illustrates two reasonable political decision mechanisms by which fiscal policy generates endogenous growth with a single accumulable factor, under a constant returns to scale production technology, and without production externalities. In the first mechanism, optimal policies are chosen by the government to maximize constituent support by raising aggregate income. In the second mechanism, optimal policies are determined in a voting equilibrium where agents are concerned only with their own incomes. The authors demonstrate that policies that target aggregates generate balanced growth and are Pareto optimal. Policies chosen by the median voter also produce balanced growth, but result in public investment 50% below the socially optimal level.

Discussion Paper No. 320
Januar 2003

Der Gesamttext liegt als Pdf-Datei vor und kann von folgender Website des DIW Berlin heruntergeladen werden:
http://www.diw.de/deutsch/publikationen/diskussionspapiere

Impressum

Herausgeber
Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann (Präsident)
PD Dr. Gustav A. Horn
Dr. Kurt Hornschild
Wolfram Schrettl, Ph. D.
Dr. Bernhard Seidel
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Dr. Hans-Joachim Ziesing

Redaktion
Dörte Höppner
Dr. Elke Holst
Jochen Schmidt
Dieter Teichmann

Pressestelle
Dörte Höppner
Tel. +49-30-897 89-249
presse@diw.de

Verlag
Verlag Duncker & Humblot GmbH
Carl-Heinrich-Becker-Weg 9
12165 Berlin
Tel. +49-30-790 00 60

Bezugspreis
(unverbindliche Preisempfehlungen)
Jahrgang Euro 108,–/sFR 182,–
Einzelnummer Euro 10,–/sFR 18,–
Zuzüglich Versandspesen
Abbestellungen von Abonnements
spätestens 6 Wochen vor Jahresende

ISSN 0012-1304

Bestellung unter www.diw.de

Konzept und Gestaltung
kognito, Berlin

Druck
Druckerei Conrad GmbH
Oranienburger Str. 172
13437 Berlin

Einer Teilauflage ist ein Prospekt des Verlages Duncker & Humblot beigefügt.